

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 24 (1932)
Heft: 1

Artikel: Aufbau der Gemeinwirtschaft : Gegenwartsaufgaben der Arbeiterklasse
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352534>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 1

Januar 1932

24. Jahrgang

Aufbau der Gemeinwirtschaft. Gegenwartsaufgaben der Arbeiterklasse.

Von Max Weber.

Jede kapitalistische Wirtschaftskrise wirft aufs neue die Frage auf nach der Zukunft und nach der Lebensdauer des Kapitalismus. Die ungeheure Schärfe der gegenwärtigen Krise hat zur Folge, dass auch die Diskussion über das Schicksal des Kapitalismus zu sehr zugespitzten Formulierungen führt. Der Kapitalismus hat in weiten Kreisen, auch bis weit hinein in die nicht-sozialistischen Volksschichten, das Vertrauen verloren. Das ist sehr begreiflich. Ein Wirtschaftssystem, das einen Lehrlauf von 10 bis 30 Prozent des industriellen Produktionsapparates und damit einen volkswirtschaftlichen Verlust von weit über 100 Milliarden im Jahr verursacht, ein Wirtschaftssystem, das 25 Millionen Menschen erwerbslos macht, das die Bewertung der in Wertpapieren mobilisierten Kapitalwerte auf die Hälfte und noch weniger reduziert, ein solches Wirtschaftssystem muss schliesslich auch dem Laien seine Unfähigkeit deutlich erweisen. Zeitweise hat sich die gegenwärtige Krise direkt zur Panikstimmung gesteigert, besonders in Kreisen, die durch die Baisse an den Waren- und Effektenbörsen stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Als Ausdruck dieser Panikstimmung muss es gewertet werden, wenn dem Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, der Ausspruch in den Mund gelegt wird, wenn nicht drastische Massnahmen zur Rettung des kapitalistischen Systems ergriffen würden, so werde es binnen einem Jahr zerstört sein.

Die aufgeklärte Arbeiterschaft hatte ja schon lange vor dieser Krise kein Zutrauen zur kapitalistischen Wirtschaft. Sie ist überzeugt, dass die Ausbeutung der Arbeitskraft, die Abhängigkeit vom Kapitalbesitzer und die periodischen Krisen nur durch eine Bedarfsdeckungswirtschaft auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage

beseitigt werden können. Da die Arbeiterschaft die schweren Krisenverluste in der Hauptsache selbst zu tragen hat, so ist es naheliegend, dass gerade auch in ihren Reihen die Krise stets grosse Erwartungen auf einem bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus erzeugt und auch Hoffnungen weckt auf die baldige Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Der Wahlkampf, den wir in der Schweiz im letzten Herbst führten, hat diese Hoffnungen nach einer bestimmten Richtung gelenkt, auf die Eroberung der politischen Macht. In sehr vielen Köpfen spukt überhaupt die Vorstellung, dass die Ersetzung des Kapitalismus nur möglich sei auf politischem Wege.

Diese Vorstellung ist irrig und kann nicht energisch genug bekämpft werden. Eine Wirtschaftsverfassung kann nicht einfach auf politischem Weg geändert werden. Das hiesse, aller Erfahrung und aller theoretischen Erkenntnis ins Gesicht schlagen. Merkwürdigerweise sind es oft Leute, die sonst auf den Marxismus schwören, welche diese absolut unmarxistische Auffassung vertreten. Demgegenüber muss immer wieder darauf verwiesen werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung das Grundlegende ist. Sie kann durch systematische wirtschaftliche Aufbauarbeit, die sich die der Wirtschaft innewohnenden Kräfte nutzbar macht, gefördert und in einer bestimmten Richtung vorwärtsgetrieben werden; und selbstverständlich kann der wirtschaftliche Entwicklungsprozess auch mit politischen Mitteln gefördert und beschleunigt werden; er kann durch sie auch gebremst werden. Doch wenn das politische System unvereinbar wird mit der wirtschaftlichen Entwicklung, so bricht diese sich schliesslich gewaltsam Bahn wie damals, als die bürgerliche Revolution die sich entfaltende kapitalistische Wirtschaft von den Fesseln des Feudalismus und des Zunftwesens befreit hat.

Auf jeden Fall sind wirtschaftliche Machtstellungen fast immer bedeutend wichtiger als politische, und es ist eine Illusion, zu glauben, man könne auf die Dauer eine schwache Position in der Wirtschaft durch starke politische Macht kompensieren.

Gewiss versteht man sehr gut, weshalb gerade in Zeiten der Krise der Gedanke sehr naheliegt, jetzt müsse der Kapitalismus mit Hilfe der staatlichen Macht beseitigt werden. Die Arbeiterschaft wird durch die Krise geschwächt im wirtschaftlichen Kampf. Sie kann aus eigener Kraft ihre Forderungen nicht mehr durchsetzen, sondern wird in die Defensive gedrängt. Sie kann auch der Krise nicht wirksam begegnen, trotzdem sie deren Ursachen klar vor sich sieht. Und doch ist die kapitalistische Krise etwas derart Unsinniges, dass sich die menschliche Vernunft auflehnt gegen die Auffassung, dass man sie nicht aus der Welt schaffen könne. Deshalb findet der Glaube leicht Nahrung, dass irgendein Wunder passieren könnte, um dem Kapitalismus den Garaus zu machen. Naphtali hat vollständig recht, wenn er

schreibt, die Zusammenbruchsvorstellung komme der Neigung entgegen, **a u s z u w e i c h e n** vor dem gerade in der Depressionszeit besonders schwierigen Problem des praktischen Ringens um das neu aufzubauende Wirtschaftssystem.¹

Nehmen wir einmal für einen Moment an, der Kapitalismus würde zusammenbrechen. Was stellt man sich eigentlich darunter vor? Ich vermute, dass selbst Norman keine klare Vorstellung hat darüber. Einen Zusammenbruch des Kapitalismus haben wir ja in der Krise schon vor uns. Aber man denkt doch, wenn man von seiner Zerstörung spricht, dass er aufhört zu funktionieren und dass dann etwas anderes an seine Stelle treten muss. Setzen wir einmal voraus, die kapitalistischen Wirtschaftsführer würden abdanken. (Sie werden das natürlich freiwillig nie tun.) Was könnte dann geschehen? Hätten wir genügend eigene Wirtschaftsführer, die imstande wären, das Wirtschaftsleben in Gang zu halten und zu leiten? Hätten wir die wirtschaftlichen Organisationen, die unumgänglich wären, um ein richtiges Funktionieren einer Planwirtschaft zu ermöglichen? Hätten wir die nötigen Stützpunkte und Grundpfeiler in der Wirtschaft, auf der ein solcher wirtschaftlicher Aufbau vonstatten gehen könnte?

Man wird mit Recht einwenden: Das muss alles in jahrelangem Aufbau geschaffen werden. Die wirtschaftlichen Beziehungen können nie mechanisch konstruiert werden. Sie müssen organisch wachsen. Das ist gerade in Russland bestätigt worden, wo alle anfänglichen Konstruktionen rückgängig gemacht werden und einer planmässigen Aufbauarbeit, die ans Bestehende anknüpft, weichen mussten.

Wir müssen der Arbeiterschaft klar machen, dass die Vorstellung, der Kapitalismus könnte zusammenbrechen und von heute auf morgen einer andern Wirtschaftsordnung Platz machen, **u t o p i s c h** ist. Wir müssen ihr auseinandersetzen, dass auch die Vorstellung, es könnte durch politische Macht eine plötzliche Umkrepelung vorgenommen werden, eine Illusion ist (abgesehen davon, dass wir ja weit von der politischen Macht entfernt sind). Man wird dadurch vielleicht manche Hoffnungen zerstören und nicht immer sofort auf das nötige Verständnis stossen. Allein es ist besser, wir stellen diese Illusionen um auf ein realpolitisches Denken, als dass sie nachher durch die Ereignisse zerstört werden, was dann leicht zu einer bleibenden Enttäuschung und zur Passivität führt.

Diese Einstellung bedeutet nicht etwa Verzicht auf die Ueberwindung des Kapitalismus oder gar Untätigkeit. Sie will im Gegenteil aufräumen mit dem Fatalismus, der den Zusammenbruch des Kapitalismus aus der Krise erwartet, statt aus dem Kampf und der Arbeit der antikapitalistischen Kräfte. Was wir brauchen ist **A k t i v i t ä t**, **v e r m e h r t e A k t i v i t ä t**.

¹ Im Artikel Nachkriegskapitalismus, «Die Gesellschaft», Dezemberheft 1931.

Diese Aktivität soll sich nicht etwa in der Agitation, in der Gewinnung neuer Anhänger erschöpfen. Sie muss vor allem eine wirtschaftliche Aktivität sein, d. h. ein bestimmtes Verhalten der Arbeiterschaft, das eine bessere Ausnützung und Zusammenfassung ihrer wirtschaftlichen Kräfte ermöglicht.

Es bestehen heute schon zahlreiche gemeinwirtschaftliche Unternehmungen. Ein recht ansehnlicher Teil der Wirtschaft ist dem Kapitalismus bereits entzogen. Neben den staatlichen und kommunalen Unternehmungen sind es die Genossenschaften im Handel und in der Produktion, die bereits in der heutigen Wirtschaft die Grundsätze der Gemeinwirtschaft zu verwirklichen suchen. Hier sollte unsere Aktivität einmal einsetzen. Hat es denn einen Sinn, von allgemeiner Planwirtschaft zu reden, wenn wir nicht einmal in der Sphäre der Wirtschaft, die wir in den Händen haben oder doch leicht beeinflussen könnten, planmässig zusammen arbeiten können?

Mit grossen Anstrengungen sind Produktionsunternehmungen von der Arbeiterschaft gegründet worden, hauptsächlich von den Gewerkschaften. Oft sind sie unter grossen Opfern durchgehalten worden. Einzelne haben sich sehr erfreulich entwickelt, andere sind so schlecht und recht durchgekommen. Doch was hat man bisher getan, um ihre wirtschaftliche Macht richtig auszunützen, geschweige denn, um ihn auszudehnen? Natürlich dürfen wir nicht zurückfallen in den Fehler der ersten Arbeiterorganisation, die von den Produktivgenossenschaften Wunder erwarteten. Aber wir müssen anderseits auch die Gleichgültigkeit bekämpfen, mit der man heute diese Unternehmungen wie überhaupt alles, was nur als «kleines Mittel» zur Ueberwindung des Kapitalismus angesehen wird, behandelt.

Ganz ähnlich verhält es sich mit den Konsumgenossenschaften. Grundsätzlich bekennt sich die Arbeiterschaft freilich dazu, doch was geschieht praktisch, um sie auszubauen? Freilich, wir kennen die Einwände, die man erhebt. Aber müssen wir nicht zugeben, dass manchmal die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft selbst schuld ist daran, dass es nicht schneller vorwärtsgeht und dass nichts Besseres geleistet werden kann? Auf jeden Fall darf die Unvollkommenheit einer Unternehmung, die grundsätzlich als geeignetes Kampfmittel gegen das heutige Wirtschaftssystem anerkannt wird, nicht dazu führen, die Hände in den Schoss zu legen.

Die Arbeiterbewegung kämpft sonst mit dem kapitalistischen Gegner um jeden Fuss breit Boden mit grösster Zähigkeit. Doch wer wollte behaupten, dass sie die gleiche Energie auch stets an den Tag legt in der Unterstützung ihrer eigenen Unternehmungen? Die gegenwärtige Periode, da die politischen Machtverhältnisse auf eidgenössischem Boden wieder für einige Zeit festgelegt sind, und da die Krise die Gewerkschaften mehr in die Defensive treibt, muss benützt werden zu vermehrter Tätigkeit für unsere gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen.

Wir müssen prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um das, was heute in der Schweiz schon an Gemeinwirtschaft besteht, weiter auszubauen.

Das ist eine Aufgabe von allergrösster Bedeutung nach verschiedenen Richtungen. Sie kann auch für den politischen Vormarsch von grosser Tragweite sein. Wenn festgestellt wird, dass der Kapitalismus in weiten Kreisen das Vertrauen verloren hat, so muss ebenfalls konstatiert werden, dass der Sozialismus auch nicht vermochte, das Vertrauen für sich zu gewinnen, sonst wären z. B. die Nationalratswahlen anders ausgefallen. Es haben nur jene ihr Misstrauen gegen den Kapitalismus mit dem Stimmzettel ausgedrückt, die als « aufgeklärte » Arbeitermassen gelten können. Daraus kann nicht etwa ein Vertrauensvotum von 70 Prozent für den Kapitalismus abgeleitet werden. Aber es zeigt, dass noch nicht mehr als 30 Prozent die Ueberzeugung haben, dass etwas Besseres an seine Stelle gesetzt werden kann. Man muss das begreifen. Der Schweizer denkt sehr nüchtern und realpolitisch. Er will absolut sicher sein, bevor er sich zu etwas Neuem bekennt. Es ist daher sehr wohl möglich, dass vermehrte Aktivität, weiteres Fortschreiten und Gedeihen der Gemeinwirtschaft ihn rascher zu überzeugen vermögen als alle Aufklärung über die Mängel des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Sind nicht die nachhaltigsten Erfolge auf kommunalem Boden dort erzielt worden, wo durch die Aufbauarbeit der praktische Beweis erbracht wurde, was die Arbeiterbewegung leisten will?

Nehmen wir einmal an, die 200,000 organisierten Gewerkschafter würden sich nicht nur zusammenschliessen zur besseren Verwertung ihrer Arbeitskraft, sondern sie würden auch bei der Verwertung ihres Einkommens konsequent antikapitalistisch handeln. Sie würden ihre Kaufkraft nur den Genossenschaften, ihre Sparkraft nur der Genossenschaftlichen Zentralbank zuwenden; sie würden die Wohnungen der Baugenossenschaften bevorzugen, um die Ausbeutung durch Mietwucher zu verunmöglichen, und sie würden wo immer möglich die Produktivgenossenschaften unterstützen — es ist nicht abzusehen, welche Entfaltung und welchen Aufschwung diese gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterschaft erfahren könnten.

Wir wollen keinen Illusionen nachjagen. Wir wissen, dass nicht von jedem, der einer Gewerkschaft beiträgt, erwartet werden kann, dass er sich sofort klar ist, was er beitragen kann zum Aufbau einer andern Wirtschaft. Allein es wird niemand bestreiten können, dass auf diesem Gebiet wesentlich mehr geleistet werden kann, als bisher geschehen ist.

Man redet viel vom russischen Fünfjahresplan. Einzelne machen sich lustig darüber, andere zweifeln, wieder andere bewundern kritiklos. Ich will hier nicht untersuchen, wer recht hat. Aber jedenfalls müssen die Anstrengungen, die in Russland unternommen werden, um die Wirtschaft neu aufzubauen, uns Bewun-

derung abnötigen. Bei aller Ablehnung der russischen Methoden und bei allen Vorbehalten, die in bezug auf das tatsächlich Erreichte zu machen sind, muss das anerkannt werden: Es ist grossartig, wie es die Russen verstehen, das Wollen der Arbeiterschaft, ihre Sehnsucht nach einer besseren Existenz zu aktivieren.

Könnten wir nicht auch bei uns einen Plan aufstellen, damit die Kräfte der gesamten Arbeiterbewegung voll angespannt und auf bestimmte Aufgaben konzentriert werden? Es müsste doch einen starken Ruck nach vorwärts gehen, wenn ein ganzer Volksteil im gleichen Takt am gleichen Strick ziehen würde. Die Voraussetzungen hiefür sind im wesentlichen unabhängig von der wirtschaftlichen Konjunktur; sie liegen in den eigenen Kräften und ihrer Bereitschaft. Gerade die Zeit der Krise kann für diesen Zweck ausgenützt werden.

Planwirtschaft mit den eigenen Kräften, das sei unsere Losung.

* * *

Ich hoffe, dass diese Ausführungen einer Diskussion rufen und der Zweck dieses Heftes der «Gewerkschaftlichen Rundschau» ist der, die Diskussion über diese Gedanken zu eröffnen und auch zur praktischen Auswertung anzuregen. Um sie auf konkrete Ziele zu lenken, folgen zwei Aufsätze über den deutschen Verband sozialer Baubetriebe und die Dewog (Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter), die zeigen, was die deutsche Arbeiterschaft unter sehr aktiver Mithilfe der Gewerkschaften auf diesem Gebiete schon geleistet hat. Ein weiterer Artikel befasst sich mit den schweizerischen Verhältnissen und den Versuchen, die hier schon gemacht wurden, um in dieser Richtung zu arbeiten.

Die Baubetriebe der deutschen Gewerkschaften.

Zweck und Aufgaben des Verbandes sozialer Baubetriebe.

Von A. Ellinger,
Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, Berlin.

Im Mai-Heft 1929 der «Gewerkschaftlichen Rundschau» wurde vom Genossen Martin Meister die Schaffung einer zentralen Instanz für die Arbeiter-Produktivgenossenschaften in der Schweiz angeregt. Zweck der Gründung soll eine erfolgreichere Propagierung des Produktivgenossenschafts-Gedankens, die Vermeidung von Schäden durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch, eine zweckmässige Ausbildung der Arbeiter und Leiter der einzelnen Genossenschaften, die Verstärkung der Stosskraft der Produktiv-